

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 24.03.2009
Sitzung Nummer:	30 (OULA/30)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:05 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Eduard Stapel
Vorsitzende/r

Karola Abs Torsten Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eduard Stapel

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

Herr Dieter Bolle

Herr Uwe Klemm

Herr Dr. Klaus-Jürgen Mörs

bis 18:40 Uhr

Herr Waldemar Schreiber

Herr John Völtzke

sachkundige Einwohner

Herr Holm Dietze

Herr Friedrich Jahns

Herr Torsten Mehlkopf

ab 17:25 Uhr

Herr Manfred Schulz

von der Verwaltung

Herr Martin Falkhofen

Herr Dr. Joachim Franke

Protokollführer

Frau Karola Abs

von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

-
Herr Dohme, Manfred
Herr Joachim Handschag
Herr Nistroj, Jens

ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH

Herr Jürgen Ramm

EcoEnergy Gesellschaft für Energie- und Umwelttechnik
Geschäftsführer der ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH

Abwesend:

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Peter Neuhäuser

Frau Inka Roloff

Protokollführer

Herr Torsten Friedrichs

Tagesordnung:

1. Teil: Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Stendal
Vorlage: 479

2. Teil: Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz

- 4 Feststellung der Niederschrift der 29. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 25.02.2009
- 5 Tätigkeitsbericht des Ausländerbeauftragten des Landkreises Stendal - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 501
- 6 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal
Vorlage: 507
- 7 Anfragen und Hinweise

Protokoll

1. Teil: Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Tanne eröffnet die gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz und Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Tanne stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder fest. Die Ausschüsse sind damit beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu TOP 3 Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Stendal

Vorlage: 479

Herr Tanne führt kurz zur Beschlussvorlage ein: Im Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz ist die Vorlage schon einmal orientierend beraten und besprochen worden, mit interessanten Hinweisen, bspw. von Herrn Schulz.

Das AWK ist eine Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Landkreis Stendal, der ALS und Herrn Niestroj von der EcoEnergy.

Herr Tanne bittet Herrn Niestroj, das AWK vorzustellen.

Bevor Herr Niestroj mit dem Vortrag beginnt, macht **Frau Theil** noch einige Ausführungen:

Es gab in der o.g. ersten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz zur DS 479 die Frage, ob ein Beschluss gefasst werden muss. Der § 8, Abs. 5 des Abfallgesetzes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) legt fest, dass das AWK eines verbindlichen Beschlusses durch den Kreistag bedarf. Neu im AbfG LSA ist die ebenfalls verbindliche Durchführung eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens. Gemeinden, Verbände werden um Stellungnahme gebeten. Durch öffentliche Bekanntmachung und Auslegung kann darüber hinaus jeder Bürger des Landkreises Einsicht nehmen und sich äußern.

Seit dem 26.02.09 bis zum 26.03 liegt das Konzept in allen Verwaltungsgemeinschaften aus und ist den Trägern öffentlicher Belange zugeschickt worden.

Im Kreistag soll das Konzept am 23.04.2009 beschlossen werden.

Herr Niestroj trägt zum Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Stendal vor

(siehe Anlage 1). **Herr Tanne** bedankt sich für den Vortrag und stellt fest, dass das Konzept noch viele Unbekannte hat.

Er bittet Herrn Dr. Franke, zu einigen in den bereits vorliegenden Stellungnahmen aufgeworfenen Fragestellungen Bezug zu nehmen.

Herr Dr. Franke: Die bisher vorliegenden Stellungnahmen beinhalten überwiegend grundsätzliche Zustimmung, werfen aber auch Fragen auf, die bspw. in Richtung Differenzierung zwischen Konzept und konkreten Planungen gehen. Die unmittelbar angesprochene Anfrage des Wasserverbandes Bismark zum Ausschluss bestimmter Abfälle bezieht sich nicht direkt auf das Konzept, unterliegt der Regelung über die Abfallentsorgungssatzung.

Herr Mehlkopf geht auf die nach AWK zu untersuchende Möglichkeit zur Errichtung einer Mineralstoffdeponie ein. Nach seiner Einschätzung rechnet sie sich nicht mit allein aus dem Landkreis stammenden, zu deponierenden mineralischen Abfällen. Er stellt die Frage, ob diese dann auch überregional antransportiert werden.

Herr Niestroj bejaht dies im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit einer solchen Anlage

Herr Ewert: Das Konzept soll im Kreistag beschlossen werden. Es gibt noch viele offene Dinge. Werden in jedem Jahr neue Konzepte erarbeitet und neue Beschlüsse gefasst, wenn es zu neuen Erkenntnissen kommt?

Herr Dr. Franke: Es ist ein Konzept, das auf der Grundlage der Bestandsaufnahme, Trends und Notwendigkeiten bestimmte, wesentlich auch alternativ mögliche, entsprechend zu untersuchende und zu bewertende prognostische Empfehlungen abgibt, die folglich späterer Entscheidungen zu dann konkreten Umsetzungen, z.B. auch Planungen bedürfen. Diese alternativen Betrachtungen werden im Beispiel der künftigen Entsorgungsmöglichkeit nicht verwertbarer mineralischer Abfälle dann zum Ergebnis führen, der Bau einer solchen Deponie ist wirtschaftlich und für die Entsorgungssicherheit im Landkreis erforderlich. Oder, die Verbringung auf außerhalb des Landkreises gelegene Deponien ist wirtschaftlicher und Entsorgungssicherheit gewährleistet. Dann erübrigt sich der Bau einer eigenen Deponie.

Das AWK zeigt dieses Problem und die alternativen Wege auf, kann aber die in der Folge erforderlichen Prüfungen und Entscheidungen nicht vorweg nehmen.

Herr Tanne: Es werden dann kurzfristig, langfristig oder mittelfristig Entscheidungen getroffen. Wir müssen das im Kreistag entscheiden. Nicht, dass das mit dem Beschluss des AWK an die Verwaltung abgegeben wird, und die Bürger bezahlen mehr.

Ziel muss es sein, die Gebühren auf möglichst niedrigem Niveau zu halten und keine Gebührenerhöhungen in Größenordnungen.

Die Entsorgungssicherheit für mineralische Abfälle ist im Sinne der Wirtschaftsförderung bedeutsam. Es geht darum, Betriebe zu unterstützen. Daher muss ein Deponiestandort gefunden werden, muss daran gearbeitet werden, auch wenn die Stadt Stendal dies am Standort der jetzigen Deponie in Stendal nicht mitträgt.

Herr Schreiber ist der Meinung, dass die Erarbeitung des Konzeptes viel Geld kostet.

Herr Niestroj: Ja, es kostet natürlich Geld. Doch ist das Konzept im Wesentlichen eine interne Arbeit von Landkreis und ALS, die durch ihn lediglich ergänzt wurde.

Herr Schreiber geht auf die Gebühren ein. Es gibt ein gut funktionierendes Abfallsystem.

Warum müssen neue Konzepte erarbeitet werden? Wozu müssen wir Leute bezahlen? Diese Kosten fließen auch in die Gebühren ein. Dinge sind angesprochen, auf die man selber kommen kann, aber auch Dinge, die nicht realisierbar sind.

Herr Schulz: So, wie sich der gesetzliche Rahmen verändert, gibt es bspw. demographische Veränderungen, die zu berücksichtigen sind. Ernährungs-, Lebensgewohnheiten verändern sich, damit gibt es auch Änderungen beim Abfall. Externe Gutachten sind notwendig, ansonsten müsste man selber Leute vorhalten, was teurer wäre. Es ist sinnvoll, externen Sachverstand hinzuzuziehen. Viele Anregungen sind gekommen. Studien sind nicht kostenfrei zu haben. Ein Untersuchungsrahmen muss festgelegt werden.

Herr Dr. Franke: Die Ansätze für das Konzept sind von der ALS und vom Landkreis gekommen. **Herr Niestroj** war für die Überarbeitung zuständig und hat die Abrundung bspw. hinsichtlich der Vergleiche mit anderen Landkreisen und Regionen, allgemein wichtigen und verbindlichen Trends und Entwicklungen, in enger Zusammenarbeit und steter Abstimmung mit Landkreis und ALS vorgenommen.

So haben wir wesentlich erkannt, dass es beim Bioabfall und mineralischem Abfall Änderungen geben muss, aus wirtschaftlichen, ökologischen Gründen und auch aus Rechtsgründen. Das haben wir versucht, hier darzustellen. Für den Bioabfall muss es Alternativen geben. Die Altmark ist Bioenergieregion geworden. Hier soll sich die Abfallwirtschaft eintakten. Bei allen möglichen und erforderlichen Änderungen sollen die Gebühren vertretbar bleiben. Das hat bei allen Betrachtungen oberstes Primat.

Nicht verwertbare mineralische Abfälle dürfen im Rahmen der Deponieschließung nur noch bis 2011 auf der Deponie Stendal als Deponieersatzbaustoffe angenommen und verwendet werden. Danach gibt es für diese Stoffe keine Entsorgungsmöglichkeit im Landkreis mehr, Lösungen müssen im Sinne der Entsorgungssicherheit gefunden werden. Es steht die Frage, ist die Verbringung dieser Abfälle auf Standorte außerhalb des Landkreises wirtschaftlich vertret- und zumutbar oder die „eigene“ Deponie die wirtschaftlichere Variante. Wir denken somit im Sinne von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und der Unternehmen der Wirtschaft. Gewerbetreibende sind zu berücksichtigen. Natürlich kosten auch die dafür durchzuführenden Untersuchungen Kapazität und Geld. Wir werden damit angemessen und sparsam umgehen, den Kreistag einbeziehen.

Herr Schreiber: Ist die Idee von der Rekommunalisierung aus dem Amt oder von der ALS gekommen? Wie soll das mit der Rekommunalisierung funktionieren?

Frau Theil: Erstens ist es eine Aufforderung des Rechnungsprüfers, dazu Überlegungen anzustellen. Die bestehenden Fragen werden nur durch Untersuchungen zu beantworten sein. Es soll Wirtschaftsförderung betrieben werden. Dritte mit bestimmten Fragen zu beauftragen ist richtig, Untersuchungen erforderlich, Ergebnisse abzuwarten.

Herr Dietze: Die Konzentration in der Abfallwirtschaft nimmt immer mehr zu. Daher steht die Frage: Kommt man nicht durch Übernahme von Leistungen in eigene Regie billiger weg, als wenn man dem Preisdiktat der großen Abfallentsorger folgen muss?

Herr Tanne: Natürlich gibt es Überlegungen zu weitergehender Verwertung der Bioabfälle im Landkreis, soll man dem nachgehen. Die Möglichkeiten, auch den energetischen Gehalt des Bioabfalls zu nutzen, besonders die entstehende Wärme abgeben und verkaufen zu können, sind von Bedeutung. Die Wärmerverwertung ist für die Wirtschaftlichkeit wichtig und stark vom Standort abhängig. Das muss betrachtet und zum entsprechenden, jedoch späteren Zeitpunkt in den Ausschüssen diskutiert werden. Bzgl. der Errichtung einer Mineralstoffdeponie ist auch die regionale Wertschöpfung wesentlich, eine wichtige Aufgabe in unserem Landkreis.

Herr Tanne schlägt die Vorlage zur endgültigen Beschlussfassung im Kreistag vor.

Beschlussvorschlag:

Dem vorliegenden Abfallwirtschaftskonzept als Planungs- und Handlungsgrundlage für die Abfallwirtschaft im Landkreis Stendal für den Zeitraum 2009 – 2013 (DS-Nr. 479) wird wie folgt :

Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz:

6 Ja-Stimmen

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus:

5 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt

Ergänzungen zur Abstimmung / zum Beschluss:

Keine

2. Teil: Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz

zu TOP 4 Feststellung der Niederschrift der 29. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 25.02.2009

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 25.02.2009 wird einstimmig angenommen.

zu TOP 5 Tätigkeitsbericht des Ausländerbeauftragten des Landkreises Stendal - Mitteilungsvorlage - Vorlage: 501

Herr Handschag, Ausländerbeauftragter des Landkreises Stendal, stellt sich kurz vor und gibt einige Erläuterungen zu seinem Tätigkeitsbericht.

In der nachfolgenden Diskussion fragt **Herr Schulz**, woran er den Erfolg seiner Arbeit misst. Indikatoren, welche den Erfolg er Arbeit messen, gibt es nicht, so **Herr Handschag**. Bundesweit gibt es Bestrebungen, einen Katalog von Indikatoren aufzustellen. Denn auch die Bundesbeauftragte für Integration möchte den Erfolg der Integrationsarbeit messen können. Der dann vorliegende „Indikatorenkatalog“ muss dann nochmals mit den Bedingungen auf Landes- und Kreisebene abgeglichen werden, welche der Indikatoren für die Arbeit „vor Ort“ zweckmäßig und einsetzbar sind.

Herr Dietze gibt zu bedenken, dass die Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern, wie z.B. Australien, Kanada oder den USA, ein derart humaner Staat sei, da hier keine Nachweise darüber vorliegen müssen, wie die Zuwanderer ihren Lebensunterhalt bestreiten. Und weshalb soll auch noch über Steuergelder ihre Ausbildung finanziert werden und verweist auf das wachsende Konfliktpotential (siehe Frankreich und England).

Dazu erläutert **Herr Handschag**, dass man zum Ersten zwischen Asylbewerbern und anderen und Zuwanderern unterscheiden muss, weil Asylbewerber in der Regel keine Arbeitserlaubnis haben. Und zum Zweiten sind das bundespolitische Entscheidungen. Zum Dritten entsteht Konfliktpotential durch nicht genügende Integration.

Herr Stapel bezieht sich auf Seite 3 des Tätigkeitsberichtes und fragt nach, was die Interessen der Zuwanderer sind, welche speziellen Probleme sie hier bei uns haben und welche Handlungsempfehlungen Herr Handschag aus seiner Sicht unter Beachtung der demographischen Entwicklung für die Politik geben kann.

Die Interessen der Zuwanderer liegen vor allem im aktiven Abbau von Vorurteilen bei den Einheimischen. Sie wollen erklären, wer sie sind, warum sie hier sind und was sie wollen. Sie wollen dazu gehören und vollwertig anerkannt werden und sich auch in Vereinen engagieren, so **Herr Handschag**. Weiter führt er aus, dass es im Landkreis Stendal keine speziellen Probleme gibt. Hervorzuheben ist der hohe Standard der Wohnunterkunft für Asylbewerber im Landkreis Stendal, gegenüber den anderen Landkreisen in Sachsen-Anhalt. Dabei scheint es von Vorteil zu sein, dass der Landkreis Stendal selbst der Betreiber der Wohnunterkunft ist und nicht ein privater Dritter. Und obwohl es auch im Landkreis Stendal Vorkommnisse gibt, ist hier nicht soviel Aggressionspotential wie anderen Orten vorhanden.

Ob es gut ist, unter Beachtung der demographischen Entwicklung, die Zuwanderung in die Altmark zu forcieren, kann **Herr Handschag** nicht beantworten. Bisher gibt es da keine Steuerungsmöglichkeit. Ab dem Jahr 2012 wird es eine verstärkte Zuwanderung in Arbeit aus dem Osten geben. Die Probleme bestehen darin, dass die Ausbildungen der Zuwanderer zum großen Teil nicht anerkannt werden. Die Potentiale liegen in der Nutzung der vorhandenen Ausbildungen durch die Beschäftigung in den Bereichen ihrer Lehrberufe.

Herr Stapel bedankt sich für die Ausführungen. Die Berichterstattung ist ein mal jährlich vorgesehen.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 6 **1. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal**
Vorlage: 507

Herr Falkhofen erläutert kurz den rechtlichen Hintergrund zur 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal. Gem. § 1 Absatz 2 Nr. 8 der genannten Satzung erhält ein Zugführer von Katastrophenschutzeinheiten künftig eine Aufwandsentschädigung von 50,00 €/Monat, welche bei drei Zugführern jährliche Kosten in Höhe von 1.800 €/Jahr verursacht.

Beschlussvorschlag:

Der 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal (DS-Nr. 507) wird

mehrheitlich zugestimmt

Ja 6 Enthaltung 1

zu TOP 7 **Anfragen und Hinweise**

1. **Herr Bausemer** gibt dem Fachausschuss bekannt, dass mit 6 : 3 Stimmen der Errichtung von zwölf weiteren Windkraftanlagen in Kabelitz durch den Gemeinderat zugestimmt worden ist. Durch die bereits vorhandenen Windkraftanlagen sind zwei Storchenbrutpaare weg geblieben und auch die Anwohner sind ungehalten. So erfolgt eine Verspargelung der Landschaft. Er fragt nach, ob und was man dagegen tun kann.
Frau Theil sagt zu, den Sachverhalt in der Verwaltung mit den entsprechend zuständigen Fachämtern zu klären.
2. **Herr Bolle** fragt nach, ob es dieses Jahr eine ABM für die Umweltwacht gibt.
Frau Theil führt dazu aus, das dies in der Dezernentenkonferenz beraten worden ist. Der Landrat hat dem Antrag von Frau Theil zu einer Maßnahme für sechs Monate, für 18 Personen, im Altkreisgebiet zugestimmt. Projektträger ist die Gesellschaft für Arbeitsförderung & Sanierung d. LK SDL mbH. Die Maßnahme beginnt am 1. Mai unter der Voraussetzung, dass die ARGE zustimmt.